

Für eine Friedenspolitik ohne Militär

Memorandum anlässlich "350 Jahre Westfälischer Friede"

1. 1648 – 1998. Krieg und zerstörerische Gewaltstrukturen sind nicht überwunden.

Der Friedensvertrag von Osnabrück und Münster vor 350 Jahren hat den Dreißigjährigen Krieg auf dem Verhandlungsweg beendet – aus Erschöpfung nach Jahrzehnten schwerster Kriegsgrenuel. Europa jedoch wurde dadurch keineswegs friedfertiger. Auf der einen Seite hatte dieser Friedensschluß positive, in die Zukunft weisende Dimensionen, so etwa die Anerkennung von drei gleichberechtigten Konfessionen. Auf der anderen Seite markierte er lediglich eine Etappe im kriegsträchtigen Prozeß der Herausbildung von Nationalstaaten und dem damit eng verbundenen Militarismus. Im 20. Jahrhundert eskalierten die europäischen Kriege zu Weltkriegen. Im 2. Weltkrieg führte die Verbindung von Nationalismus mit Rassismus zum totalen Krieg und nie dagewesenen Massenmorden.

Mit dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland wurde der Friede nicht gewonnen. Das atomare Wettüben im Kalten Krieg führte die Menschheit an den Rand der Selbstvernichtung. Sie ist immer noch durch alte und neue Atomkräfte und ihre Waffen bedroht. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges sterben unzählige Menschen in kriegertischen Auseinandersetzungen. Die Opfer sind meist Zivilisten, Alte und Kranke, Frauen und Kinder. Viele bezahlen die Kosten nationalstischen und militaristischen Größenwahns

mit Vertreibung und Flucht, mit Verelendung, ja mit dem Hungertod. Wenn Menschen in den vermeintlich friedlichen Regionen unseres Kontinents Zuflucht vor Verfolgung, Elend und Krieg suchen, stoßen sie oft auf unsere innergesellschaftliche Gewalt, auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Ausgrenzung und Abschiebung.

Triebkräfte und Motive für Kriege sind sehr vielfältig. Das Erkennen von Kriegsursachen und die öffentliche Auseinandersetzung damit ist Voraussetzung für die künftige Verhinderung von Kriegen. Für die gegenwärtigen Kriege und das damit verbundene Elend in anderen Teilen der Welt tragen die reichen und nur scheinbar friedlichen Industriestaaten die Hauptverantwortung. Ihr Macht- und Gewinnstreben reproduziert und verschärft immerfort die ungerechten Strukturen der Weltwirtschaft, deren Gesetze von einem ungelägerten Kapitalismus bestimmt werden. Die Vertiefung des Gegensatzes zwischen armen und reichen Ländern und Regionen führt zur steigenden Gewaltbereitschaft in einer vom Haben-Wollen und Profitstreben gelenkten Welt. Zur Ausübung militärischer Gewalt verkauft eine vom technokratischen Machbarkeitswahn besessene Wissenschaft und Industrie die erforderlichen Tötungsmittel, deren Anwendung nicht nur den Tod der Betroffenen, sondern auch tiefgreifende Schädigungen der Natur bedeutet.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation eröffnete sich die historische Chance zu einer Wende weg von militärischen zu zivilen Formen der Konfliktbearbeitung. Diese Chance wird einerseits nicht hinreichend genutzt, andererseits von den Kräften des alten militäristischen Denkens untergraben. Statt in Osteuropa Armut und Arbeitslosigkeit gemeinsam zu bekämpfen, die Umwelt zu sanieren und durch drastischen Abbau der militärischen Potentiale den Menschen Hoffnung zu machen, konnte beispielsweise die NATO ihr Interesse durchsetzen, sich nach Osten zu erweitern. Dies führt zur Schwächung der Kräfte des Friedens und der Demokratie nicht nur in Rußland.

Statt ein System ziviler Konfliktbearbeitung aufzubauen und UNO und OSZE zu stärken, haben sich die Industrienationen des Nordens Legitimationen für neue Um- und Nachrüstungen besorgt. Dafür ist die Behauptung über vermeintliche Sicherheitsbedrohungen unterschiedlicher Art ebenso geeignet wie die Schaffung auswechselbarer Feindbilder, unter denen der Islam zur Zeit an vorderster Stelle steht. Auch humanitäre Zwecke werden vorgeschoben, um militärische Interventionen zu legitimieren. Das Gerechtigkeitsempfinden und das Mitleid vieler Menschen wird dabei mißbraucht.

Während sich die „Festung Europa“ militärisch abschottet, sollen schnelle Eingreiftruppen und Krisenreaktionskräfte die weltweiten Interessen der Industrienächte „verteidigen“ und z.B. den freien Zugang zu den Rohstoffquellen „schützen“ oder mit Gewalt erzwingen. Bestrebungen, die Westeuropäische Union (WEU) zum Kern einer militärisch fixierten europäischen Außenpolitik der Europäischen Union (EU) zu machen, weisen in die falsche Richtung. Eine „Festung Europa“, das wäre ein fataler Abschluß der mit dem Westfälischen Frieden eingeleiteten Epoche der Nationalstaatsbildung. Europa ist jetzt dafür verantwortlich, neue friedenspolitische Wege zu gehen. Es ist an der Zeit, Krieg für immer zu verbannen.

weiten Interessen der Industrienächte „verteidigen“ und z.B. den freien Zugang zu den Rohstoffquellen „schützen“ oder mit Gewalt erzwingen. Bestrebungen, die Westeuropäische Union (WEU) zum Kern einer militärisch fixierten europäischen Außenpolitik der Europäischen Union (EU) zu machen, weisen in die falsche Richtung. Eine „Festung Europa“, das wäre ein fataler Abschluß der mit dem Westfälischen Frieden eingeleiteten Epoche der Nationalstaatsbildung. Europa ist jetzt dafür verantwortlich, neue friedenspolitische Wege zu gehen. Es ist an der Zeit, Krieg für immer zu verbannen.



EUROPEAN
PEACE CONGRESS
OSNABRÜCK '98

29.-31. Mai 1998
Stadthalle Osnabrück

II. Pazifismus – von der Idee zur Realität.

Das pazifistische Ziel einer Welt ohne Kriege liegt im Interesse aller Menschen. Der Weg zu diesem Ziel ist die konsequente Entfaltung ziviler Konfliktbearbeitung in Theorie und Praxis. Dabei drängen wir gleichzeitig auf immer weitergehende Abrüstungsschritte bis hin zum vollständigen Verzicht auf Militär. Gegen den Irrweg in die Barbarei des Militärischen haben sich in der Vergangenheit gemeinsam mit Millionen Menschen in politischen und sozialen Bewegungen auch Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Wissenschaft engagiert. Bertha von Suttner, Leo Tolstoj, Mahatma Gandhi, Martin Luther King, Bertrand Russell, Romain Rolland, Albert Einstein, Albert Schweitzer, Alva Myrdal, Petra Kelly und Robert Jungk gehören zu ihnen. Dieser Tradition, die zurückreicht auf Immanuel Kants „Traktat zum ewigen Frieden“, fühlen wir uns verbunden.

Wir sind davon überzeugt,

- daß in einem Zeitalter, in dem die Zukunft der Menschheit wie nie zuvor von einem gleichberechtigten Miteinander abhängt, militärisch bewaffnete Nationalstaaten und militärische Bündnissysteme ein Anachronismus sind;
- daß Regierungen kein Recht haben, Männer, Frauen und Kinder zum Töten zu veranlassen und auszubilden, ganz gleich ob für eine freiwillige oder wehrpflichtige Armee;
- daß die Wehrpflicht inhuman und illegitim ist, weil sie in ähnlicher Weise wie die Sklaverei die menschliche Selbstbestimmung verletzt;
- daß die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme, die die Zukunft aller Menschen bedrohen, durch den Einsatz militärischer Instrumente nicht gelöst, sondern verschärft werden;

- daß wir auf allen Ebenen eine Kultur der Gewaltfreiheit lernen und einüben müssen, weil nur sie die Grundlage einer humanen Welt ist;
- daß die angewandten Formen der Konfliktaustragung den angestrebten Zielen entsprechen müssen: Frieden ist Weg und Ziel zugleich.

Das 20. Jahrhundert ist nicht nur eine Schreckensgeschichte der Kriege; es brachte auch wichtige Entscheidungen und erste Schritte in Richtung einer pazifistischen Politik. Dazu zählen Vereinbarungen, die die Grausamkeiten des Krieges eingrenzen sollen und die erstmals die Rechtmäßigkeit von Kriegen bestreiten. Hier sind zu nennen die Gründung des Völkerbundes ebenso wie der Vereinten Nationen, die Ächtung von Angriffskriegen, das Verbot der Anwendung besonders grausamer Waffen oder das Zustandekommen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). 1996 hat der Internationale Gerichtshof die Drohung mit und den Einsatz von Atomwaffen für völkerrechtswidrig erklärt. 1997 wurde den Trägern der Landminen-Kampagne der Friedensnobelpreis verliehen, 100 Staaten verpflichteten sich anschließend in der Konferenz von Ottawa, alle Antipersonenminen abzuschießen.

Zu dieser Entwicklung beigetragen hat nicht zuletzt der Protest und Widerstand zahlreicher gesellschaftlicher Gruppen gegen Krieg und Militär, der sich in diesem Jahrhundert entwickelt hat. Die Antikriegsbewegung in den zwanziger Jahren, die Inanspruchnahme des Rechts der Verweigerung aller Kriegsdienste, die ökumenische Bewegung der Kirchen gegen den Krieg, die Antiatomwaffenbewegung in den fünfziger und sechziger und die Friedensbewegung in den achtziger Jahren zählen ebenso dazu wie die Ausbildung vielfälti-



Pablo Picasso

ger Formen des Protestes, des zivilen Ungehorsams und des gewaltfreien Widerstandes bis in unsere Tage. Hinzugekommen sind viele Aktivitäten außerparlamentarischer Gruppen, von denen einige besonders für die Einrichtung eines zivilen Friedensdienstes eintreten.

Den kriegerischen Katastrophen dieses Jahrhunderts stehen Beispiele einer neuen Art der Politik des Friedens gegenüber:

- Mahatma Gandhi und Martin Luther King haben die Kraft der Gewaltfreiheit durch überzeugende Strategien und Aktionen bewiesen.
- Die gewaltfreien Bürger- und Menschenrechtsbewegungen haben

erheblich dazu beigetragen, daß die Umwälzungen in Osteuropa und Ost-Mitteleuropa überwiegend unblutig verlaufen sind.

- Die Überwindung der Politik der Apartheid in Südafrika ist ein positives Beispiel für das Zusammenwirken des Wirtschaftsboykotts von außen und ziviler Massenkaktionen für Gerechtigkeit im Innern, verbunden mit der Bereitschaft zur Versöhnung, die ganz wesentlich durch die Person Nelson Mandelas verkörpert wird.

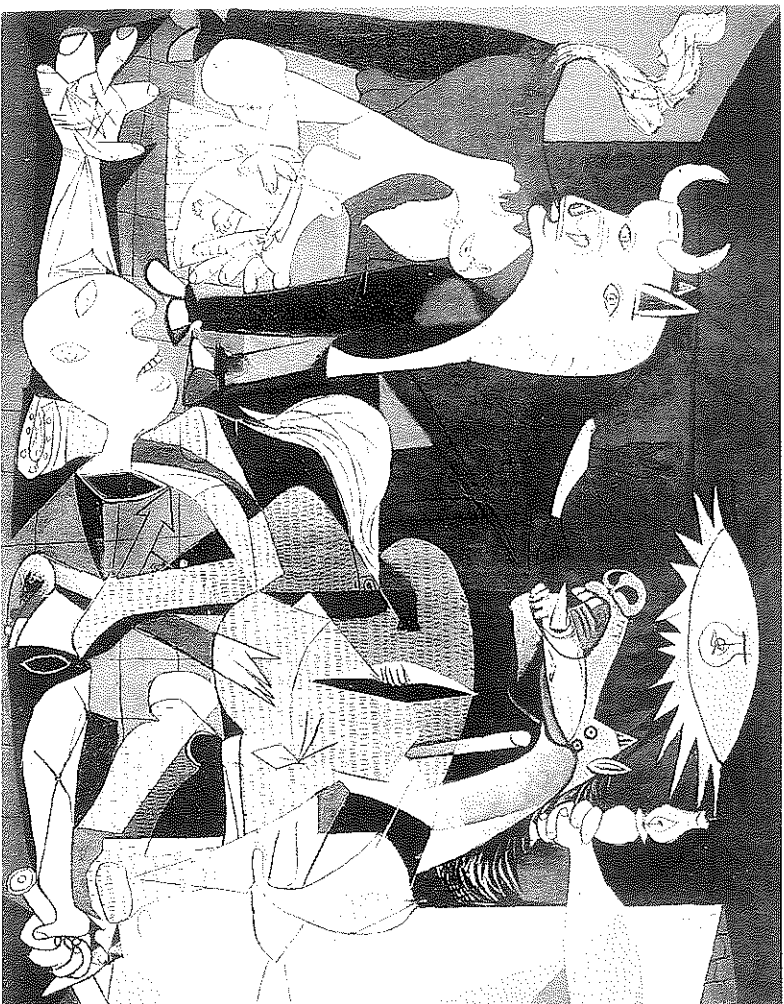
Der Rückfall in militärische Gewalt – gerade nach dem Ende der bipolaren Welt – widerlegt nicht pazifistische Politik, sondern beweist und verstärkt ihre Dringlichkeit. Konflikte wie

auf dem Balkan müssen eingedämmt werden, bevor sie zum Krieg eskalieren. Wenn Großmächte unfähig sind, dies zu leisten und zum Mittel der militärischen Intervention greifen, „um Völkermord zu verhindern“, dokumentieren sie damit das Scheitern ihrer Politik. Nicht der Pazifismus, sondern die Nichtbefolgung seiner Forderungen begünstigt Krieg und kriegseristische Massaker.

Pazifismus wirkt darauf hin, daß sich Menschen nicht an die Gewalt gewöhnen. Er widersteht der Gewalt, unterbricht sie und be-

freit zu neuen Handlungsperspektiven. Er setzt auf Dauer immense Ressourcen frei und ist daher ein wichtiger Beitrag für die Überwindung von Armut, den Abbau globaler und innergesellschaftlicher Ungleichheiten und für den Aufbau einer solidarischen und nachhaltigen Weltwirtschaft.

So verstanden ist Pazifismus auch unverzichtbar für die Regenerierung und den Schutz der Umwelt. Frieden mit der Natur und Frieden unter den Menschen bedingen und fördern einander.



III. Pazifistische Handlungsperspektiven.

Ziel des Pazifismus ist nicht allein, den Krieg zu ächten und seine Ursachen aufzudecken. Der Pazifismus will auch durch Erziehung zum Frieden eine Kultur des Friedens aufbauen. Dies bedeutet, daß alle Menschen das Existenzrecht der jeweils anderen bedingungslos anerkennen und für Chancengleichheit zwischen Nord und Süd, heutigen und künftigen Generationen, Jung und Alt, Mann und Frau eintreten. Dazu gehört, daß die Rolle von Frauen, Müttern, Politikerinnen für eine Kultur des Friedens erkannt und stärker als bisher gefördert wird. Kooperatives Miteinander in Kindergärten, Schulen, im Beruf, in der Nachbarschaft und demokratische Selbstverwaltung auf allen Ebenen tragen dazu bei, daß die Kultur des Friedens gefestigt wird.

Wesentlicher Bestandteil dieser Friedenskultur ist die zivile Konfliktbearbeitung. Sie appelliert vor allem an die Eigenverantwortung der am Konflikt Beteiligten. Sie sieht aber auch die Intervention mit zivilen Mitteln im Frühstadium, während und nach einer Gewalteskalation vor. Sie umfaßt präventive Maßnahmen der Konfliktbearbeitung, deeskalierende Schritte wie Vermittlungsdienste, Waffenembargo, gezielte Wirtschaftsanktionen, mediale Öffentlichkeitsintervention, Unterstützung von zivilen Interventionsgruppen, Desertereuren und Flüchtlingen, Anreize für Friedenslösungen und Versöhnungsarbeit, Wirtschafts- und Wiederaufbauhilfen, medizinische und soziale Versorgung von Kriegsgesopfen u. a. m.

Die herrschende Politik verweigert gegenwärtig die notwendigen Veränderungen im Denken und Handeln, weil sie sich eine Welt ohne Waffen nicht vorstellen kann oder will. Wir lassen uns dadurch nicht beirren. Costa Rica zeigt, daß ein Staat auch ohne Armee existieren und friedenspolitisch positiv wirken kann.

Wir rufen die europäische und internationale Friedensbewegung dazu auf, sich stärker als bisher zu vernetzen, gemeinsame Kampagnen (beispielsweise gegen Landminen und Leichtwaffen, für den Friedenssteuerfonds, für ein Europa ohne Armee...) durchzuführen und ein Gesamtkonzept ziviler Konfliktbearbeitung als Perspektive für das 21. Jahrhundert in Theorie und Praxis zu entwickeln.

Wir rufen dazu auf, mit Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams an Orten präsent zu sein, wo Waffen produziert, wo Kriege geübt, wo Militärausrüstungen zur Schau gestellt und auf internationalen Messen gehandelt werden.

Wir rufen junge Menschen dazu auf, den Kriegsdienst zu verweigern und auch den Dienst in einer Berufsarmee abzulehnen.

Wir rufen alle Menschen auf, die Mitwirkung an militärischen Projekten in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik abzulehnen und stattdessen die Konversion von militärischen in zivile Produkte, die Einführung von Friedenspädagogik an den Schulen, sowie die Einrichtung von Studiengängen zur Friedensforschung und Friedensforschung an Hochschulen einzufordern.

Wir sprechen den Regierungen das Recht ab, den militärischen Weg zur Methode der Friedenssicherung zu erklären.

Wir wenden uns an die Parlamente aller europäischen Staaten, an das Europaparlament, die OSZE, sowie an die UNO und fordern eine Weichenstellung für eine Friedenspolitik ohne Militär. Wir unterstützen den Aufruf der Friedensnobelpreisträger, die erste Dekade des 21. Jahrhunderts zur Dekade der Gewaltfreiheit zu deklarieren, und schlagen für die-

se Friedenspolitik folgende Schritte vor:

- die interventionistischen Zielsetzungen der neuen NATO, WEU und der EU aufzugeben;
- die Auflösung der Militärbindnisse einzuleiten;
- den Abbau von Atomwaffen in Europa und weltweit bis zu ihrer vollständigen Beseitigung – gestützt auf das Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 8. Juli 1996 – fortzusetzen;
- den Rüstungshandel international zu achten und für die systematische Umwandlung von militärischen Einrichtungen und Rüstungsgütern Konversionsagenturen zu schaffen;
- Initiativen zur Schaffung von bindnisfreien und entmilitarisierten Zonen zu unterstützen;
- als erste Stufe zur Abschaffung der Armeen die Wehrpflicht abzuschaffen, Kriegsdienstverweigerer, Totalverweigerer und Deserteure zu schützen;
- dem Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung zur weltweiten Anerkennung zu verhelfen;
- gesetzliche Grundlagen für die freie Entscheidung zu schaffen, die es Bürgern und Bürgern erlaubt, ihre Steuern entsprechend dem Anteil an den Militärausgaben in einen Fonds zur Finanzierung einer Friedenspolitik ohne Militär einzuzahlen;
- die Militärausgaben der europäischen Staaten fortschreitend bis zur Abschaffung der Armeen zu vermindern und damit die friedenspolitischen Instrumente der UNO und der OSZE zu finanzieren und auszubauen;
- grenzüberschreitende Gemeinschaftsprojekte ökologischer, sozialer und kultureller Art zu unterstützen und so die Friedenskultur und solidarisches Zusammenleben erlebbar zu machen;
- UNO bzw. OSZE durch demokratische Reformen in ihrer politischen Unabhängigkeit zu stärken und vor Instrumentalisierung zu schützen;
- einen zivilen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen für die UNO und entsprechend auch für die OSZE zu schaffen, der alle Aktivitäten der zivilen Konfliktbearbeitung international und europäisch koordiniert;
- die zivile Konfliktbearbeitung und die Einrichtung von unabhängigen europäischen und weltweiten zivilen Friedensdiensten idell und finanziell zu unterstützen.

Europa muß, angesichts seiner Geschichte der Kriege, auf dem Weg zu einer Friedenspolitik ohne Militär den ersten Schritt tun!

Erarbeitet und einstimmig verabschiedet am 09. Januar 1998 in Osnabrück durch den Arbeitsausschuß Pazifistische Handlungsperspektiven des Europäischen Friedenskongresses 1998.

Mitglieder des Arbeitsausschusses: *Dieter Brücke (IAK Frieden Bündnis 90/Die Grünen, Bayern), Volker Böge (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Werner Dietlamm (Ohne Rüstung Leben), Lühr Henken (Mitglied Bündnis 90/Die Grünen, Hamburg), Nobben Massarat (Osnabrücker Friedensinitiative), Otto Meyer (Evangelische Studenten-gemeinde), Joachim Schramm (DFG-VK), Martin Singe (Komitee für Grundrechte und Demokratie), Detlef Thierig (DFG-VK), Uwe Trittmann (Forum Ziviler Friedensdienst) Roland Vogt (Mitglied Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen, Brandenburg), Thomas Wagner (Pax Christi).*

Warum wurde dieses Dokument verfaßt, wie ist es entstanden und wie kann es nutzbar gemacht werden?

Das vorliegende Memorandum wurde im Zusammenhang mit der Vorbereitung des European Peace Congress, der anlässlich „350 Jahre Westfälischer Friede“ Ende Mai 1998 in Osnabrück stattfindet, erarbeitet und soll eine Grundsatzklärung für eine **Friedenspolitik ohne Militär** darstellen, mit der sich möglichst viele Menschen identifizieren.

Das Memorandum soll helfen, die europäischen und internationalen Friedensbewegungen zusammenzuführen, ihre Handlungsfähigkeit für eine pazifistische Perspektive über das Kongreßdatum hinaus zu verstärken und für gemeinsame grenzüberschreitende Aktionen und Kampagnen eine inhaltliche Grundlage zu schaffen.

Das Memorandum soll Friedensgruppen in den einzelnen Staaten für eigene Stellungnahmen, die auf jeweils spezifische Situationen abgestellt sind, Denkanstöße geben.

Das Dokument spiegelt einen 14monatigen Diskussionsprozeß wider. Zahlreiche Vorlagen wurden sehr intensiv diskutiert, verworfen und überarbeitet. An der Diskussion haben sich zahlreiche Personen und Friedensorganisationen nach der Veröffentlichung eines Entwurfs in Deutsch und Englisch durch ausführliche Stellungnahmen und Verbesserungsvorschläge aktiv betei-

ligt. Bei einem europäischen Vorbereitungs-treffen Mitte Dezember 1997 in Brüssel, an dem über 40 Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Friedensbewegungen teilnahmen, wurden weitere Verbesserungsvorschläge, insbesondere über den Zusammenhang von Pazifismus und Gleichstellung von Frauen, eingebracht.

Die Verfasser des Dokuments haben keine Mühe gescheut, die eingebrachten Anregungen so weit wie möglich einzubeziehen. So gesehen steht das Dokument in dieser letzten Fassung auf einer breiten Grundlage. Es soll umgehend in möglichst viele europäische Sprachen übersetzt und verbreitet werden. Die Verfasser hoffen, daß sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Osnabrücker Kongresses inhaltlich mit dieser Vorarbeit identifizieren können und Interesse daran finden, in vielen Kongreßarbeitsgruppen zu diskutieren, welche Aktivitäten für die im Dokument aufgelisteten und darüber hinausgehenden Schritte einer **Friedenspolitik ohne Militär** erforderlich sind.

Das Memorandum wird nach dem Kongreß für die Unterzeichnung durch Personen und Organisationen freigegeben. Die Verfasser bitten jedoch schon jetzt um Rückmeldung und Vorschläge, wie das Dokument verbreitet und politisch wirkungsvoll genutzt werden kann.

Weitere Exemplare können angefordert werden!

Adresse:
European Peace Congress Osnabrück '98,
Postfach 4124, D-49031 Osnabrück
Tel. +49-541-260 650
Fax +49-541-260 680